

Pro Militia

ZEITUNG DER «PRO MILITIA» VEREINIGUNG EHEMALIGER UND EINGETEILTER ANGEHÖRIGER DER SCHWEIZER ARMEE
JOURNAL DE «PRO MILITIA» ASSOCIATION D'ANCIENS MILITAIRES ET DE MILITAIRES INCORPORÉS DE L'ARMÉE SUISSE
GIORNALE DI «PRO MILITIA» ASSOCIAZIONE DI EX MILITARI E DI MILITARI INCORPORATI DELL'ESERCITO SVIZZERO

Schweizer Armee – wohin?

Überlegungen zu den Berichten über die Sicherheitspolitik und die Armee

Paul Müller

Mit dem neuen Sicherheitspolitischen Bericht ist die Frage nach Sinn und Zweck der Armee vollends entbrannt. Die Meinungen über die Ausgestaltung der Armee gehen weit auseinander. Die einen wollen eine reine Verteidigungsarmee, und die anderen konzentrieren sich auf eine Sicherungsarmee oder sogar auf eine Friedensförderungsarmee.

Verschiedene Stimmen verlangen einen weiteren massiven Abbau mit Modellen, die den Verfassungsauftrag und das Milizprinzip grundsätzlich verneinen. Sind solche extremen Auffassungen nicht eher mühsig? Eine moderne Armee hat Aufgaben in allen drei Bereichen wahrzunehmen.

Veränderte Bedrohung

Die Bedrohung hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten wesentlich verändert. Grosse konventionelle Kriege sind in Mitteleuropa eher unwahrscheinlich geworden, können aber in Zukunft nicht vollständig ausgeschlossen werden. Dagegen sind Bedrohungen und Gefahren in den Bereichen der inneren Sicherheit und der Katastrophenhilfe viel wahrscheinlicher. Es ist daher richtig, dass diese Aufgaben einen höheren Stellenwert erhalten haben. Die entsprechende Verlagerung der Schwergewichte

wurde denn auch mit der Armee XXI und dem Entwicklungsschritt 2008/2011 bereits vollzogen. Allerdings vernachlässigt man gerne die mittel- und längerfristigen Bedrohungspotentiale. Auch die Unberechenbarkeit von Akteuren und die Möglichkeiten von sich rasch ändernden Bedrohungslagen werden oft kaum berücksichtigt. Niemand – auch ein noch so guter Nachrichtendienst – kann voraussagen, was in 10, 20 oder 30 Jahren geschehen wird. Aber gerade eine Armee hat sich auf solche Zeithorizonte auszurichten.

Täuschung «Aufwuchs»

Auch in Zukunft brauchen wir eine glaubwürdige Verteidigungsfähigkeit. Unsere Verfassung schreibt diese Armeeaufgabe zwingend vor. Die Armee ist letztlich auch das einzige sicherheitspolitische Mittel, das dem Staat zur Verfügung steht, um einen militärischen Angriff abzuwehren. Die Verteidigung ist nach wie vor Kernauftrag – die Raison d'être – einer Armee. Aufgrund der strategischen Lage ist es jedoch zur Zeit nicht notwendig, sich dauernd auf einen grossen konventionellen Krieg in Europa vorzubereiten.

Ein Abbau der Verteidigungskräfte, beziehungsweise die Verlagerung in Sicherheitskräfte, war daher in den vergangenen Jahren berechtigt. Die Frage stellt sich allerdings immer wieder: Wie weit kann man die Verteidigungsfähigkeit hinunterfahren? Deren Reduktion auf eine theoretische Kompetenz ist grobfahrlässig. Die vollständige Basierung auf einen zeitgerechten Aufwuchs im Bedarfsfall ist eine Illusion. Daran ändert auch der beste Nachrichtendienst nichts.

Verteidigungsfähigkeit?

Welche minimale Verteidigungsfähigkeit muss daher erhalten bleiben? Welchen Anforderungen haben die Verteidigungskräfte zu genügen? Es geht darum, der Landesregierung möglichst lange, verschiedene Optionen offenzuhalten, das heisst, ihre Handlungsfreiheit sicherzustellen, um ihre einzige strategische Reserve einzusetzen.

– Die Armee muss in der Lage sein, zumindest feindliche Angriffsaktionen mit beschränkten operativen Zielen – zum Beispiel Pfandnahme einer Grenzstadt oder einer Transversalen – zu verhindern. Sollten die Kräfte nicht ausreichen, so muss sie zumindest die notwendige Zeit für

das personelle und materielle Hochfahren und/oder für eine allfällige Kooperation gewinnen. Diese minimale Verteidigungsfähigkeit muss von operativer Stärke sein. Ohne derartige Kräfte würden wir überrannt, und damit wäre selbst die Hilfe aus dem Ausland illusorisch.

– Militärische Verteidigungskräfte sind auch bei Sicherungseinsätzen eine Notwendigkeit. Reine Sicherungs- beziehungsweise Polizeikräfte genügen nicht. Der Staat benötigt das nächst höhere Eskalationsmittel in seiner Hand, um eine ausserordentliche Lage zu stabilisieren.

– Die Verteidigungskräfte müssen derart ausgebildet werden und eine gewisse «Betriebsgrösse» aufweisen, die ein allfälliges personelles und materielles Verstärken überhaupt ermöglicht.

Minimale Kräfte?

Um den gestellten Anforderungen zu entsprechen, müssen zumindest Verteidigungskräfte in der Gröszenordnung von zwei Panzerbrigaden zur Verfügung stehen. Damit ist man in der Lage, operativ ein beschränktes Ziel zu erreichen und auch bei lange andauernden Sicherungseinsätzen eine Ablösung zu gewährleisten. Es ist erwiesen, dass Verteidigungskräfte in der Lage sind, sowohl ihre schweren Waffen einzusetzen, als auch einfache Sicherungsaufträge zu bewältigen. Auch ausbildungsmässig stellen vor allem die heutigen sechs Panzerbataillone und fünf Artillerieabteilungen ein absolutes Minimum dar. Pro Rekrutenschule werden heute nur noch zwei Panzerzüge ausgebildet, was kaum die Aufstellung und Ausbildung einer Panzerkompanie ermöglicht. In der Offizierschule werden noch zirka vier Panzer-Aspiranten, das heisst eine Panzerbesatzung, ausgebildet. Wie soll denn ein Zugführer auf seine Funktion vorbereitet werden? In der bestehenden Milizarmee ist ein weiterer substantieller Abbau nicht mehr zu verantworten.

System «Armee»

Ein Ausspielen der Verteidigungsfähigkeit zugunsten sowohl der Unterstützung der zivilen Behörden für innere Sicherheit und Katastrophenhilfe als auch für die Friedensförderung ist nicht sinnvoll. Sicherungs- und Katastrophenhilfseinsätze sind auf Grund ihrer Wahrscheinlichkeit unbestritten. Aber auch die Einsätze zugunsten der

Friedensförderung sind nicht mehr wegzudenken. Diese leisten einen Beitrag zur eigenen Sicherheit, zeigen unsere Solidarität im globalisierten Umfeld und haben durch den Gewinn an Erfahrungen einen hohen «Return on investment». Selbstverständlich haben diese Einsätze die politischen Rahmenbedingungen, vor allem der Neutralität, zu erfüllen. Ein wesentlicher Ausbau unseres Engagements ist insbesondere aufgrund der personellen Ressourcen gar nicht möglich.

Ein gegeneinander Ausspielen von Verteidigungskräften, Sicherungskräften und Luftwaffe ist ebenso unsinnig wie jenes der verschiedenen Armeeaufgaben. Die genannten drei Elemente bilden das System «Armee». Keines dieser drei Elemente kann herausgelöst werden, ohne die beiden anderen grundlegend in Frage zu stellen. Daher sind auch Ideen wie «keine Panzer, keine Artillerie und dafür Flugzeuge» unsinnig. Die Armee braucht eine allen Bedrohungen und Bedürfnissen entsprechende Ausgewogenheit.

Extrempositionen

Lautstarke Bürger, Politiker, Medienschaftende und sogenannte Experten wollen dagegen keine Ausgewogenheit, sondern vertreten – aus welchen Gründen auch immer – Extrempositionen. Sie verlangen insbesondere einen massiven Abbau der Armee. Die meisten vorgebrachten Modelle sind jedoch verfassungswidrig und stellen grundsätzlich die Milizarmee in Frage. Würden beispielsweise die Verteidigungskräfte in Zukunft eine verlängerte Rekrutenschule absolvieren und anschliessend in eine Reserve – zum Beispiel für Grossanlässe – eingeteilt, so wäre pro Jahr insgesamt nur noch ein Panzerbataillon im Dienst. Damit würden die Panzerbrigaden und letztlich auch die Verteidigungskräfte faktisch abgeschafft. Wer übernehme für ein solches Modell die Verantwortung?

Kein «Massenheer»

Der oft gehörte Ausdruck, wir hätten ein «Massenheer» ist nicht gerechtfertigt und zeugt von fehlendem Verständnis für das Milizprinzip. Heute haben wir eine aktive Armee mit nur mehr rund 95'000 Sollbestandesplätzen (Total der Funktionen in Stäben und Truppeneinheiten). Das Material reicht gerade noch aus für zirka zwei Einsatzbrigaden sowie für die Grund- und Kaderausbildung. Zu einem bestimmten Zeitpunkt während des Jahres stehen durchschnittlich wenige tausend Armeeangehörige im Truppendienst. Die Behauptung, aus demographischen Gründen müsse die Ar-

mee zwingend verkleinert werden, ist falsch. Die aktive Armee mit 95'000 Sollbestandesplätzen ist bis über 2025 hinaus bestandesmässig nicht wirklich gefährdet. Ohnehin muss die Ausbildungs- und Dienstleistungsorganisation überarbeitet und optimiert werden.

Schweiz: Schlusslicht!

Die Ausgewogenheit der verschiedenen Aufgaben und der Einsatzkräfte wird durch die Finanzen stark gefährdet. Leider ist das Geld zum eigentlichen Taktgeber der Sicherheitspolitik geworden. Die Politik will der Armee nicht die notwendigen Mittel zugestehen. Ist sich die schweizerische Bevölkerung denn bewusst, dass die Schweiz mit Verteidigungsausgaben von 0,8 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) auf den hintersten Platz aller Staaten mit eigenen Armeen abgerutscht ist? Und dies in einem Land, das die Eigenständigkeit über alles schätzt, sich zur immerwährenden bewaffneten Neutralität verpflichtet hat, aber im Bedarfsfall – sofern überhaupt möglich – auf kein Bündnis zählen kann. Dabei ist zu bedenken, dass die NATO von ihren Mitgliedstaaten 2 % des BIP für militärische Zwecke fordert.

Dem VBS kann der Vorwurf verschiedener Fehlplanungen und -entscheidungen während der vergangenen zehn Jahre nicht erspart bleiben, zum Beispiel in Armeorganisation, -informatik und -logistik. Falsche Beschaffungen, ein teures Ausbildungskonzept und ein zu grosser Verwaltungsapparat haben zu dieser unbefriedigenden Lage beigetragen. Diese muss umfassend verbessert werden. Dabei ist alles daran zu setzen, dass insbesondere der aktive Teil der heutigen Milizarmee mit wirkungsvollem Material ausgerüstet und bedrohungsgerecht ausgebildet wird. Dieses Ziel zu erreichen, sind wir letztendlich unseren Bürger-Soldaten schuldig.

Paul Müller ist dipl. Physiker Universität Zürich und Divisionär a D. Er war Unterstabschef Planung (1991–1997) und Kommandant Felddivision 5 (2001–2003). Er hat seither mehrere Studien zu Führung, Organisation und Mittel der Armee veröffentlicht.

Inhaltsverzeichnis Table des matières Indice

Schweizer Armee – wohin?	1
Armée suisse – quo vadis ?	2
Quo vadis, esercito svizzero?	3
Randbemerkung: Sechs geteilt durch drei gibt nicht zwei	3
Vor 70 Jahren: Chronologie des Kriegsjahres 1940	4/5
Hinweise / Indications / Informazioni	5/6
Leserbriefe / Courrier des lecteurs / Lettere alla redazione	6
Zur Lage: Tiger-Teilersatz – widersprüchliche Strategie?	6
Buchempfehlungen / Recommandations de livres / Lettera raccomandata	7
Sommersession / Session d'été / Sessione estiva	7/8
Medienmitteilungen / Communications aux médias / Comunicati stampa	8
Impressum / «Ich trete bei; J'adhère; Mi faccio socio»	8

Wer ist Pro Militia?

Pro Militia ist eine Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee sowie von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für die Sicherheit unseres Landes und für eine glaubwürdige Milizarmee einsetzen.

Armée suisse – quo vadis ?

Réflexions au sujet des Rapports sur la politique de sécurité et l'armée

Paul Müller

Le récent Rapport sur la politique de sécurité a rallumé les controverses sur le sens et la raison d'être de l'armée. Les opinions divergent fondamentalement. Les uns veulent une armée strictement de défense alors que d'autres se concentrent sur une armée de protection, voire une armée essentiellement en mesure d'assurer des missions de maintien de la paix.

Des voix diverses en appellent à nouveau à une réduction drastique en proposant des modèles en parfaite contradiction avec la mission inscrite dans la Constitution et le respect du principe de milice. De telles affirmations ne relèvent pas simplement d'une insoutenable légèreté ? Une armée moderne doit être en réalité capable de faire face à tous ces trois défis.

Une menace en évolution

La menace a considérablement évolué au cours des deux dernières décennies. Le déclenchement d'une grande guerre conventionnelle au cœur du continent européen, même si elle ne peut être sans autre et surtout définitivement exclue, apparaît peu vraisemblable de nos jours. Par contre, d'autres formes de menace touchant à la sécurité intérieure ou à l'aide en cas de catastrophe sont apparues en force. Il est dès lors nécessaire de leur prêter bien davantage attention qu'auparavant. Ce juste et nécessaire rééquilibrage de l'effort principal a été entrepris puis réalisé dans le cadre de la réforme Armée XXI et de l'étape de développement 2008/2011.

En tous les cas, l'on a beaucoup trop tendance aujourd'hui à négliger les potentiels de menace à moyen et long terme. L'imprévisibilité de certains acteurs tout comme le développement rapide des formes de la menace sont beaucoup trop peu pris en compte. Personne, même le plus perspicace service de renseignement, ne peut d'ailleurs prédire ce qui se passera d'ici 10, 20 ou 30 ans. Et pourtant, c'est bien le rôle et le devoir d'une armée que de se positionner par rapport à cet horizon temporel.

L'illusion de la montée en puissance

L'avenir nous commande de toujours pouvoir disposer d'une capacité de défense crédible. Notre constitution l'impose dans la mission qu'elle donne à l'armée. Celle-ci étant finalement le seul moyen en main de l'Etat pour faire face à une attaque militaire. La défense demeure, aujourd'hui comme demain, la mission fondamentale – la raison d'être – de l'armée, de toutes les armées. Cette vérité rappelée, la situation stratégique présente ne nous impose pas de nous préparer exclusivement à une grande guerre conventionnelle en Europe.

Le choix fait ces dernières années de diminuer, respectivement de transférer une partie des moyens attribués aux forces strictement de défense au profit des forces en charge de la protection et de la sécurité nous paraît justifié.

La question fondamentale est de savoir jusqu'où a-t-on le droit de ré-

duire notre capacité de défense ? Sa réduction à une compétence théorique relève d'une coupable et dangereuse illusion. Celle-ci nous mettrait, en cas de conflit, dans l'obligation de nous appuyer sur une hypothétique et probablement tardive montée en puissance. Le plus affûté des services de renseignement n'y changera rien.

Capacité de défense ?

De quelle capacité minimale de défense doit-on alors pouvoir disposer ? Quelles sont les exigences auxquelles les forces défensives doivent pouvoir répondre ?

Il s'agit en fait de garantir le plus longtemps possible au gouvernement les options diverses qui lui permettent de garder sa liberté de manœuvre. Ensuite seulement et en fonction des circonstances, il pourra engager à bon escient la seule réserve stratégique dont il dispose.

– L'armée doit être au minimum en mesure d'empêcher des actions adverses offensives aux objectifs opératifs limités. Par exemple la prise en otage d'une ville frontalière ou le contrôle d'une transversale. Si les forces ne devaient pas suffire, elles devraient au moins pouvoir disposer du temps nécessaire pour monter en puissance au plan personnel et matériel ou/et pour créer les conditions favorables à l'intervention éventuelle d'autres forces «alliées» dans le cadre d'une coopération. Cette capacité de défense minimale ne peut être qu'une force de niveau opératif. Sans cette force, nous nous ferions écraser sans coup férir et, même une hypothétique aide «alliée» ne nous parviendrait plus à temps.

– Les forces militaires aptes à la défense sont de plus indispensables pour faire face aux engagements de sûreté et de protection. Des forces dévolues uniquement à la protection, respectivement les forces de police existantes, ne suffisent pas. L'Etat doit pouvoir être en mesure de stabiliser une situation extraordinaire et donc disposer des moyens lui permettant de faire face à toute escalation ultérieure.

– Les forces aptes à la défense doivent être instruites en conséquence et disposer d'une certaine «taille critique», seule garante d'un éventuel renforcement ultérieur en hommes et en matériel.

Quelles forces au minimum ?

Afin de répondre aux exigences précitées, ce sont au minimum des forces de défense équivalentes à deux brigades blindées qui doivent être disponibles. Nous serions alors en mesure d'atteindre un objectif opératif limité ou, dans le cadre d'un engagement de sûreté prolongé, d'assurer la nécessaire relève. La preuve a été apportée que les forces défensives sont en mesure, d'une part d'engager leurs armes lourdes et, d'autre part, d'assumer des missions dans le cadre d'engagements opératifs de sûreté. Par ailleurs, les six bataillons de chars et les cinq groupes d'artillerie dont nous disposons actuellement

ne permettent d'assurer que le service minimum au niveau de leur instruction. Seules deux sections de chars sont instruites aujourd'hui par école de recrues, ce qui permet à peine de garantir l'instruction d'une seule compagnie de chars. Seuls quatre aspirants officiers de chars sont instruits en moyenne par école d'officiers. Concrètement, cela représente un seul équipage de char. Comment est-ce alors possible de former un chef de section à sa tâche ? Une nouvelle réduction des effectifs de notre armée de milice serait, eu égard à son instruction, parfaitement irresponsable.

Le système «armée»

Jouer la capacité de défense contre l'appui aux autorités civiles dans le cadre de la sécurité intérieure et de l'aide en cas de catastrophe, respectivement de la promotion de la paix, n'a pas de sens. Les engagements dans le cadre de la sécurité intérieure et de l'aide en cas de catastrophe sont, du fait de leur probabilité, indiscutables. Dans le même sens, les engagements en faveur de la promotion de la paix ne sauraient être remis en question. Ils contribuent à notre propre sécurité, témoignent de notre solidarité vis-à-vis d'un environnement globalisé et nous assurent d'un haut retour sur investissement grâce aux expériences vécues. Il va de soi que ces engagements doivent respecter le cadre politique fixé, en particulier en matière de neutralité. Par ailleurs, la faiblesse de nos moyens en ressources humaines ne nous permet pas de les développer de façon conséquente.

Jouer les unes contre les autres les forces aptes à la défense, les forces de sécurité et les forces aériennes est aussi ridicule que de pratiquer ce petit jeu entre les différentes missions de l'armée. Les trois éléments mentionnés composent le système «armée». Aucun des trois ne peut être détaché des deux autres sans remettre en question leur propre raison d'être. C'est pourquoi les affirmations, on n'ose parler de réflexions, du genre : «pas de chars, pas d'artillerie mais à leur place des avions !» relèvent davantage d'une dangereuse inconscience que du bon entendement. L'armée doit pouvoir disposer d'un équilibre de moyens lui permettant de faire face à toutes formes de menaces

Les ultras

Rétifs à toute notion d'équilibre, des citoyens bruyants, des politiciens bavards et quelques représentants des médias défendent, pour toutes sortes de raisons, des positions extrémistes. Ils réclament en particulier une réduction massive des effectifs de l'armée. La plupart des modèles présentés sont par ailleurs parfaitement anticonstitutionnels et mettent carrément en question le principe de l'armée de milice.

Si, par exemple, les militaires incorporés dans les forces de défense devaient à l'avenir suivre une école de recrues prolongée, pour être ensuite versés dans une réserve susceptible d'être engagée lors de grandes manifestations, nous n'aurions plus qu'un seul et unique bataillon de

chars faisant service par année. Ainsi, les brigades de chars, respectivement les forces aptes à la défense, seraient de facto supprimées. Qui peut sérieusement assumer la responsabilité du choix d'un tel modèle ?

Pas d'armée de masse

L'expression couramment entendue d'«armée de masse» est parfaitement inappropriée. Elle reflète d'ailleurs une méconnaissance penable du système de milice. Nous disposons aujourd'hui d'une armée d'active dont la table des effectifs compte en tout et pour tout 95'000 fonctions (additions de toutes les fonctions dans les états-majors et les unités de troupe). Le matériel et l'équipement suffisent eux à peine pour équiper deux brigades d'engagement et, dans le même temps, permettre la formation des recrues et des cadres. En moyenne, seulement quelques petits milliers d'hommes accomplissent leur service simultanément durant l'année. Il est faux par ailleurs d'affirmer que, à cause de l'évolution démographique, les effectifs de l'armée doivent être impérativement réduits. L'armée d'active avec son effectif de 95'000 militaires ne peut en vérité être remise en question du fait de la démographie avant et même au-delà de l'horizon 2025. L'organisation de l'instruction et des services devant, elle, de toute façon être revue et optimisée.

La Suisse est lanterne rouge !

Le juste équilibre entre les différentes missions attribuées et les forces en charge de les assumer est aujourd'hui très dangereusement remis en question du fait d'un financement insuffisant. Il faut hélas le constater, l'argent seul donne le ton de notre politique de sécurité. La politique elle, au sens large, ne veut plus accorder à l'armée les moyens nécessaires à remplir sa mission. La population suisse est-elle consciente du fait que notre pays, en ne consacrant que 0,8% de son produit intérieur brut (PIB) à sa défense, occupe le dernier rang de tous les états disposant d'une propre armée ? Et ceci de la part d'un pays qui prétend maintenir son indépendance, poursuivre une politique de neutralité perpétuelle tout en sachant qu'en cas de nécessité – et admettant que cela soit possible – elle ne pourra compter sur l'appui d'aucune coalition. Notons au passage que l'OTAN

exige de ses membres qu'ils consacrent 2% de leur PIB à l'effort militaire.

Les erreurs de planification et autres décisions erronées prises ces dix dernières années par le Département de la Défense, de la Protection de la Population et des Sports (DDPS) sont clairement établies et l'on est parfaitement en droit de les lui reprocher. Les exemples ne manquent hélas pas, en particulier aux niveaux de l'organisation de l'armée, de l'informatique ou de la logistique. Des acquisitions malheureuses, un concept d'instruction coûteux et un appareil administratif surdimensionné ont conduit à une situation largement insatisfaisante. Celle-ci doit être rapidement corrigée. Il faut impérativement tout mettre en œuvre pour que les unités de notre armée de milice soient dotées d'un matériel et d'un équipement performants, adaptés aux menaces d'aujourd'hui, puis instruites et conduites en conséquence. Faire face à ce défi est une question de crédibilité mais aussi d'honnêteté et de rectitude vis-à-vis de nos citoyens-soldats.

Paul Müller est diplômé en physique de l'Université de Zurich et ancien divisionnaire. Il a été sous-chef d'état-major planification (1991–1997) puis commandant de la Division de campagne 5 (2001–2003). Le divisionnaire Müller a publié un certain nombre d'études remarquées sur la conduite et l'organisation de l'armée.

Qui est Pro Militia ?

Pro Militia est une association d'anciens militaires et de militaires incorporés à l'armée suisse, ainsi que d'autres citoyennes et citoyens qui s'engagent pour la sécurité de notre pays et pour une armée de milice crédible.

Changements d'adresse

Après l'expiration de l'ordre pour faire suivre votre courrier, La Poste nous renvoie votre exemplaire du journal Pro Militia sans indiquer votre nouvelle adresse.

Veillez donc indiquer votre changement d'adresse par E-mail ou courrier à l'adresse figurant à l'impressum (à la page 8 en-bas) ! Vous vous assurez ainsi la bonne réception de votre journal Pro Militia. (réd.)

Flugmeeting Emmen – Luftfahrt hautnah!

Flugplatz Emmen, Samstag, 24. Juli 2010

Im Rahmen des Jubiläums «100 Jahre Luftfahrt in der Schweiz» findet das grösste Schweizer Flugmeeting des Jahres statt. Ein Airbus A330 der SWISS, das PC-7-Team und Breitling-Flugzeuge sind nur drei von vielen eindrucklichen Höhepunkten in der Luft. Am Boden sind historische und moderne Flugzeuge aus 100 Jahren Luftfahrt in der Schweiz zu sehen.

Eintrittskarten im Vorverkauf: www.emmen2010.ch

Mehr Informationen zum Jubiläumsjahr: www.100JahreLuftfahrt.ch

Quo vadis, esercito svizzero?

Riflessioni riguardo al rapporto sulla politica di sicurezza e al rapporto sull'esercito

Paul Müller

Con il nuovo rapporto sulla politica di sicurezza si è riaccesa la questione del senso e dello scopo dell'esercito. Le opinioni sulla strutturazione dell'esercito divergono radicalmente. Alcuni vogliono un esercito puramente di difesa, mentre altri si focalizzano su un esercito per compiti di sicurezza o addirittura su un esercito di promovimento della pace.

Alcuni chiedono un'ulteriore massiccia riduzione, basandosi su modelli che fondamentalmente negano il mandato costituzionale e il principio di milizia. Queste opinioni estreme, non sono sostanzialmente sterili? Un esercito moderno deve adempiere compiti in tutti i tre settori.

Mutamento della minaccia

Nell'ultimo ventennio, la minaccia è sostanzialmente mutata. Grandi guerre convenzionali nell'Europa centrale sono diventate piuttosto improbabili, ma in futuro non possono nemmeno essere totalmente escluse. Per contro, le minacce e i pericoli nell'ambito della sicurezza interna e dell'aiuto in caso di catastrofe sono molto più probabili. Di conseguenza è corretto che questi compiti abbiano assunto maggiore importanza. Lo spostamento delle priorità ha già avuto luogo con Esercito XXI e la fase di sviluppo 2008/2011.

Tuttavia vengono volentieri trascurati i potenziali di minaccia a medio e lungo termine. Pure l'imprevedibilità degli attori e la possibilità di repentini mutamenti della minaccia spesso non vengono praticamente tenuti in considerazione. Nessuno – nemmeno un buon servizio informazioni – è in grado di prevedere che cosa capiterà tra 10, 20 o 30 anni. Tuttavia, un esercito deve orientarsi proprio a orizzonti temporali di quest'ordine di grandezza.

L'illusione del «potenziamento»

Anche in futuro avremo bisogno di una capacità di difesa credibile. La Costituzione federale prescrive questo compito all'esercito. Inoltre, in ultima analisi, l'esercito è anche il solo strumento in materia di politica di sicurezza a disposizione dello Stato per respingere un attacco militare. La difesa continua a essere la missione fondamentale – la ragion d'essere – di un esercito. Tuttavia, in considerazione della situazione strategica, attualmente non è necessario prepararsi costantemente in vista una grande guerra convenzionale in Europa. Negli anni scorsi, una riduzione delle forze di difesa o la conversione in forze di sicurezza era quindi giustificata. Si pone comunque sempre una domanda: fino a quale livello è possibile ridurre la capacità di difesa? La sua riduzione a una competenza di carattere puramente teorico sarebbe una negligenza grave. Basarsi completamente su un potenziamento tempestivo in caso di necessità è un'illusione. Questo dato di fatto non cambia anche disponendo del miglior servizio informazioni del mondo.

Capacità di difesa?

Quale è quindi la capacità minima in materia di difesa che occorre mantenere? Quali requisiti devono soddisfare le forze di difesa? Si tratta di fare in modo che il Governo federale possa disporre, per un tempo il più possibile lungo, di differenti opzioni, vale a dire che occorre garantire la sua libertà d'azione per impiegare la sua sola riserva strategica.

- L'esercito deve essere in grado di impedire almeno azioni d'attacco avversarie con obiettivi operativi limitati – per esempio l'occupazione di una città di confine o di una trasversale. Qualora le forze non fossero sufficienti, deve almeno fare in modo di guadagnare il tempo necessario per realizzare un rafforzamento sotto il profilo del personale e del materiale e/o per una eventuale cooperazione. Questa capacità di difesa minima deve essere di valenza operativa. Senza simili forze saremmo travolti e in tal caso anche l'aiuto dall'estero sarebbe illusorio.
- Le forze di difesa militari sono una necessità anche negli impieghi di sicurezza. Pure forze di sicurezza o di polizia non sono sufficienti. Per stabilizzare una situazione straordinaria lo Stato ha bisogno di disporre del mezzo del livello immediatamente superiore.
- Le forze di difesa devono essere addestrate e presentare un determinato «effettivo d'esercizio» che consenta un eventuale rafforzamento sotto il profilo del personale e del materiale.

Forze minime?

Per soddisfare i requisiti definiti, devono essere disponibili almeno forze di difesa dell'ordine di grandezza di due brigate blindate. In tal modo, a livello operativo è possibile raggiungere un obiettivo limitato e assicurare un avvicendamento anche in caso di impieghi di sicurezza di lunga durata. È dimostrato che le forze di difesa sono in grado sia di impiegare le loro armi pesanti, sia di gestire compiti di sicurezza semplici.

Anche sotto il profilo dell'istruzione, soprattutto i sei battaglioni blindati e i cinque gruppi d'artiglieria attuali rappresentano il minimo assoluto. Per ogni scuola reclute, oggi vengono istruiti soltanto due sezioni dei blindati, ciò che consente appena l'allestimento e l'istruzione di una compagnia di blindati. Nella scuola ufficiali vengono istruiti soltanto quattro aspiranti ufficiali dei blindati, vale a dire l'equivalente dell'equipaggio di un carro armato. Come può dunque essere preparato alla sua funzione un caposezione? Nell'attuale esercito di milizia un'ulteriore riduzione sostanziale non è più sostenibile.

Il sistema «esercito»

Una rinuncia alla capacità di difesa a favore sia dell'appoggio alle autorità civili per la sicurezza interna e dell'aiuto in caso di catastrofe sia del promovimento della pace non è opportuno. A causa del loro grado

di probabilità, gli impieghi di sicurezza e d'aiuto in caso di catastrofe non sono contestati. Anche gli impieghi di promovimento della pace sono imprescindibili. Contribuiscono alla nostra sicurezza, evidenziano la nostra solidarietà nel contesto globalizzato e, grazie alle esperienze raccolte, presentano un elevato «Return on investment». Naturalmente, questi impieghi devono soddisfare le condizioni quadro, soprattutto in materia di neutralità. Un ampliamento sostanziale non è assolutamente possibile, in particolare a causa delle risorse di personale.

Contrapporre forze di difesa, forze di sicurezza e forze aeree è insensato quanto contrapporre i differenti compiti dell'esercito. I tre elementi menzionati formano il sistema «esercito». Nessuno dei tre può essere tolto senza rimettere sostanzialmente in discussione gli altri due. Di conseguenza sono parimenti prive di senso anche idee del tipo «niente carri armati, niente artiglieria, ma per contro velivoli». L'esercito ha bisogno di un equilibrio che sia conforme a tutte le minacce e le necessità.

Posizioni estreme

Cittadini veementi, politici, operatori dei media e cosiddetti esperti non vogliono per contro alcun equilibrio, ma – qualunque ne sia il motivo – difendono posizioni estreme. Chiedono in particolare un massiccio ridimensionamento dell'esercito. I modelli proposti sono tuttavia in gran parte anticostituzionali e mettono fondamentalmente in discussione l'esercito di milizia.

Se per esempio in futuro le forze di difesa dovessero assolvere una scuola reclute più lunga e in seguito essere incorporate in una riserva – per esempio per manifestazioni importanti –, ogni anno sarebbe complessivamente in servizio soltanto un battaglione di blindati. In tal modo le brigate blindate e, in ultima analisi, anche le forze di difesa, verrebbero de facto a scomparire. Chi assumerebbe la responsabilità per un simile modello?

Nessun «esercito di massa»

Spesso si sente dire che abbiamo un «esercito di massa»: l'espressione non è giustificabile e testimonia una carente comprensione del principio di milizia. Oggi disponiamo di un esercito attivo di soli 95 000 posti d'effettivo regolamentare (totale delle funzioni negli stati maggiori e nelle unità di truppa). Il materiale è appena sufficiente per circa due brigate d'impiego nonché per l'istruzione di base e dei quadri. In determinati momenti dell'anno in media sono in servizio di truppa poche migliaia di militari.

L'affermazione secondo cui l'esercito deve imperativamente ridurre gli effettivi per ragioni demografiche è falsa. L'esercito attivo di 95 000 posti d'effettivo regolamentare, fino dopo il 2025 non è realmente minacciato per motivi d'effettivo. Occorre senz'altro rielaborare e ottimizzare l'organizzazione dell'istruzione e del servizio.

La Svizzera: il fanalino di coda!

L'equilibrio dei differenti compiti e delle forze d'impiego è fortemente minacciato dalla situazione finanziaria. Purtroppo le finanze sono diventate il vero fattore che determina la politica di sicurezza. Gli ambienti politici non vogliono più attribuire all'esercito le risorse necessarie. Il Popolo svizzero è consapevole che il nostro Paese, con spese per la difesa pari al 0,8% del prodotto interno lordo (PIL), è scivolato all'ultimissimo posto tra gli Stati che dispongono di un proprio esercito? E questo in una Nazione che sopra ogni cosa apprezza l'indipendenza, si è impegnata per una neutralità armata permanente, ma che in caso di necessità – sempre che ve ne sia l'effettiva possibilità – non può contare su alcuna alleanza. In questo contesto occorre considerare che la NATO esige dagli Stati membri che il 2% del PIL sia destinato a scopi militari. Al DDPS non si può risparmiare il rimprovero di differenti pianifica-

zioni e decisioni errate nel corso dell'ultimo decennio, per esempio nell'organizzazione, nell'informatica e nella logistica dell'esercito. Acquisti errati, un costoso concetto per l'istruzione e un apparato amministrativo troppo ampio hanno contribuito a questa situazione insoddisfacente, che ora deve essere migliorata nella sua globalità. In tale contesto occorre fare tutto il possibile affinché in particolare la parte attiva dell'esercito di milizia attuale sia equipaggiata con materiale efficace e istruita in maniera adeguata alla minaccia. In ultima analisi, il raggiungimento di questo obiettivo è un debito nei confronti dei nostri cittadini-soldati.

Paul Müller è fisico dipl. dell'Università di Zurigo e divisionario a riposo. È stato sottocapo di stato maggiore della pianificazione (1991–1997) e comandante della divisione di campagna 5 (2001–2003). Successivamente ha redatto numerosi studi sulla condotta e sull'organizzazione dell'esercito.

Randbemerkung

Sechs geteilt durch drei gibt nicht zwei

In der normalen Arithmetik ist dies noch der Fall; Gott sei Dank. Aber nicht in der Logik der Armee XXI, beziehungsweise 2008/11. Die Armee 61 zählte rund 600 000 Angehörige. Die Armee XXI einschliesslich 80 000 Reserve noch 200 000 Angehörige, also einen Drittel. Man dürfte wohl annehmen, in manchen Bereichen sollten analog zur Bestandsherabsetzung die Zahlen auch auf einen Drittel gesenkt werden können. Aber weit gefehlt.

Selbstverständlich kann dies für die Ausrüstungskosten nicht zutreffen, denn die kleinere Armee muss besser ausgerüstet sein. Nur: Für Ausrüstung bleibt bald kein Geld mehr übrig, weil die Betriebs- und Personalkosten steigen und steigen, statt auf einen Drittel zu sinken. Dazu einige Beispiele: Warum braucht es 8600 VBS-Beamte – mehr als früher? Die Realität zeigt, dass dieser Riesenapparat viel Unkoordiniertes produziert und sich selbst beschäftigt.

Forderung: Herunterfahren der Verwaltung zugunsten von Bewaffnung und Ausrüstung der Truppe auf höchstens 3000 Personen. Einige weitere Zahlenbeispiele: In der Armee 61 mit 600 000 Mann finanzierte man für 6 Milliarden Franken pro Jahr 745 Bataillone. In der Armee 2008/11 stehen für 128 Bataillone 3,8 Milliarden Franken zur Verfügung, das heisst: Für 8 Millionen Franken konnte man in der Armee 61 ein Bataillon ausbilden und ausrüsten. Heute reichen 29,7 Millionen Franken für ein Bataillon offenbar nicht aus. Warum? Nochmals: Weil die Personal- und Verwaltungskosten viel zu hoch sind.

Dazu einige weitere Beispiele: In der Armee 61 gab es für die 745 Bataillone 82 Höhere Stabsoffiziere («Generäle») oder einen für 9 Bataillone. Heute gibt es für die 128 Bataillone deren 54 oder auf 2,3 Bataillone einen «General». In der Armee 61 gab es 1 500 Personen als sogenanntes Militärisches Personal, das heisst 2 Personen je Bataillon. Heute sind es 3 810 Berufsleute und Zeitmilitär, das heisst 30 Personen je Bataillon.

In Tat und Wahrheit sehen die Miliztruppen zu ihrer Unterstützung in ihren Wiederholungskursen kaum einen dieser professionellen Ausbilder. Das neue System der Grundausbildung mit dem praktischen Ausschluss der Milizkader hat zur Kostenexplosion in diesem Bereich geführt. Natürlich braucht die kleinere und technologisch besser ausgerüstete Armee mehr Geld als sie heute hat. Aber vorerst ist der Tatbeweis für eine wirkungsvolle Verwendung der Gelder zu erbringen durch einen massiven Abbau der Militärverwaltung und durch eine einschneidende Reduktion der überdimensionierten Führungs- und Stabsorganisation der Armee. Dabei muss sechs geteilt durch drei nicht überall zwei ergeben, aber annähernd.

Argus

PS Die Zahlen stammen aus der Druckschrift *Armee-Synopsis*, erhältlich bei Pro Militia. Siehe Hinweis auf Seite 6!

Vor 70 Jahren: Chronologie des Kriegsjahres 1940

Politik, Militär und Wirtschaft in der Schweiz

Als Bundespräsident für das Jahr 1940 amtiert Bundesrat Marcel Pilet-Golaz, Vorsteher des Post- und Eisenbahndepartements, ab 1.3.1940 des Politischen Departements.



1.1. Auf Antrag des Generals hat der Bundesrat am 13.12.1939 beschlossen, die Truppenordnung 1938 auf 1.1.1940 abzuändern. Entsprechend den operativen Gegebenheiten wird ein 4. Armeekorps geschaffen und die Festung Sargans zur Heereseinheit erhoben.

6.1. Die Abteilung Presse und Funk-spruch erlässt «Grundsätze der Pressekontrolle».

12.1. Der Bundesrat beschliesst die Erhebung einer eidgenössischen Kriegsgewinnsteuer. Der Beschluss tritt am 15.1.1940 in Kraft. Mitte Januar sind noch 170'000 Mann mobilisiert.

22.1. Neufassung des Aufmarschbefehls Nord; Abänderungen erfolgen am 14.5. und 7.6.1940.

23.1. Einführung der Bewilligungspflicht für das Schlagen von Nussbäumen, da dieses Holz zur Herstellung von Gewehr-schäften benötigt wird.

1.2. Im Februar führt Berlin eine scharfe Pressekampagne gegen die Schweiz. In koordinierter Aktion bezweifeln deutsche Zeitungen aller Art die schweizerische Neutralität und richten Drohungen an die Adresse der Schweiz. Anfang März flauten diese Presseangriffe wieder ab.

9.2. Ein Bundesratsbeschluss verpflichtet die Kantone und Gemeinden, die Aufnahme von Evakuierten vorzubereiten.

15.2. Der General erlässt «Richtlinien für die Organisation des Frauenhilfsdienstes». Für die Ausbildung im FHD wird ein «Einführungskurs» von 13 Tagen festgelegt.



9.3. Das Armeekommando gibt den Befehl für den Aufmarsch «West A» aus.

12.3. Der Bundesrat beschliesst die Errichtung von Arbeitslagern für Flüchtlinge.

26.3. Der Bundesrat wählt Oberstdivisionär Jakob Huber zum Generalstabschef der Armee. Ende März beginnen schweizerische Truppen auf dem Gempfen mit dem Bau von Betonunterständen für französische 7,5cm-Geschütze, die von Frankreich im Falle eines auf die Schweiz erfolgten deutschen Angriffs zur Verfügung gestellt werden sollen.

29.3. Zwischen Oktober 1939 und April 1940 liefert Deutschland der Schweiz 90 Messerschmitt Me-109 D Jagdflugzeuge.



10.4. Beginn der Rekrutierung von Freiwilligen für den Frauenhilfsdienst. Dieser steht Mädchen und Frauen von 18 bis 60 Jahren offen. Ende 1940 zählte die Organisation 15'065 Angehörige.

18.4. Bundesrat und General erlassen Weisungen betreffend das Verhalten der nicht unter Waffen stehenden Wehrmänner bei Überfall. «Wenn durch Radio, Flugblätter und andere Mittel Nachrichten verbreitet werden sollten, die den Widerstandswillen von Bundesrat und Armeeführung anzweifeln, so sind solche Nachrichten als Erfindung der feindlichen Propaganda zu betrachten. Unser Land wird sich gegen jeden Angreifer mit allen Mitteln und bis aufs äusserste verteidigen.»



Das Bundeshaus wird unter militärischen Schutz gestellt. Dieser wird am 13.9.1940 wieder aufgehoben. Der General erhält vom Bundesrat die Kompetenz, bei einem plötzlichen Überfall auf die Schweiz die Mobilmachung der gesamten Armee von sich aus anzuordnen.

1.5. Anfang Mai finden zwischen schweizerischen und deutschen Stabsoffizieren Kontakte im Hinblick auf Vereinbarungen statt, die für den Fall eines französischen Angriffes auf die Schweiz getroffen werden sollen. Deutschland zeigt jedoch keinerlei Interesse an diesen Kontakten.

4.5. Der General beantragt dem Bundesrat die Schaffung von Ortswehren. Vorstudien zu dieser Frage sind vom Armeekommando schon Ende 1939 bearbeitet worden.

7.5. Bundesratsbeschluss über die Aufstellung von Ortswehren.

10.5. Für den schweizerischen Nachrichtendienst kommt die deutsche Offensive im Westen über die Benelux-Staaten nicht unerwartet. Hingegen gelingt es ihm nicht, die Aufstellung der deutschen Armee abzuklären.

Deutsche Flugzeuge werfen 17 Bomben bei Courrendlin ab, die Landschaften verursachen und die Fahrleitung der Bahn Delémont-Moutier beschädigen. Schweizerische Jagdflugzeuge beschossen bei Bütschwil einen deutschen Bomber.

11.5. Auf Antrag des Generals ordnet der Bundesrat um 0900 Uhr die zweite Generalmobilmachung an. Ende April stehen noch zirka 220'000 Mann im Dienst. Durch die Generalmobilmachung steigt der Bestand auf rund 450'000 Mann. Ein Bundesratsbeschluss verbietet Ausländern den Besitz und das Tragen von Waffen und Munition aller Art.

12.5. Der General erlässt Weisungen zur Bekämpfung von Saboteuren, Luftlandtruppen und von durchgebrochenen Panzern. Diese Aufgaben werden den Ortswehren übertragen.



15.5. Am frühen Morgen erscheint in Lucelle die Vorausabteilung der französischen 27. Division und verlangt Einlass, um gegen das angeblich bereits von den Deutschen besetzte Basel vorzustossen. Die Truppe wird aufgehalten und das Missverständnis geklärt, worauf sich die Franzosen wieder zurückziehen.

1.5. Eine Patrouille Me-109 zwingt einen deutschen Bomber vom Typ Heinkel He 111 in der Nähe von Dübendorf zur Landung.

28.5. Der deutsche Gesandte in Bern überreicht dem Bundesrat eine drohende Note zu den deutsch-schweizerischen Luftzwischenfällen.



Durch Bundesratsbeschluss, der vom Parlament gebilligt wird, besteht auch in der Zeit des Aktivdienstes für Militärgerichte die Möglichkeit, Todesurteile zu fällen. Das Militärgesetz von 1927 sieht die Anwendung der Todesstrafe nur für den Kriegsfall vor.

1.6. Schweizerische Jagdflieger verwickeln über dem Jura aus Südfrankreich zurückkehrende deutsche Maschinen, die den schweizerischen Luftraum verletzen, in Kämpfe. Zwei Bomber He 111 werden abgeschossen.

3.6. Das Armeehauptquartier wird in den Raum Worb-Biglen verlegt.

4.6. Schweizerische Jäger greifen deutsche Bomber und Jagdflugzeuge vom Typ Me-110 an, die in den schweizerischen Luftraum eingeflogen sind und schiessen eine He 111 ab. Leutnant Rudolf Rickenbacher (Fliegerkompanie 12) stürzt bei Boécourt tödlich ab.

6.6. Der deutsche Gesandte in Bern überreicht dem Bundesrat eine drohende Note zu den deutsch-schweizerischen Luftzwischenfällen.



8.6. 8 – 12 schweizerische Jäger nehmen den Kampf gegen zirka 30 deutsche Kampfflugzeuge auf. Mehrere deutsche Maschinen und ein schweizerisches Aufklärungsflugzeug vom Typ C-35 mit Beobachter Emilio Gürtler und Pilot Rodolfo Meuli, beide von der Fliegerkompanie 10, werden im Lauf der Auseinandersetzungen abgeschossen.

General Guisan trifft in der Folge Anordnungen für die Flugwaffe, die Zusammenstöße im Grenzraum verhindern sollen. Sie bedeuten einen teilweisen Verzicht auf den absoluten Neutralitätsschutz des Luftraums. In den folgenden drei Jahren werden keine Jäger mehr eingesetzt.

Deutschland unterbricht die Kohlenzufuhr nach der Schweiz.



Der deutsche Gesandte in der Schweiz, Otto Carl Köcher, führt mit Attilio Tamaro, dem italienischen Gesandten, ein Gespräch über die Auffassung der italienischen Regierung von der Aufteilung der Schweiz zwischen Italien und Deutschland. Er stösst auf kei-

nerlei Gegenliebe für eine derartige Aktion bei den Italienern.

18.6. Der Bundesrat entschliesst sich zu beträchtlichen wirtschaftlichen Zugeständnissen an Deutschland. Bedeutende Mengen an Kriegsmaterial sollen geliefert werden.

19./20.6. Französische und polnische Truppen treten bei Ocourt-Goumois in die Schweiz über. Es handelt sich um den grössten Teil des 45. Armeekorps von General Marius Daille: die 67. Französische Division, die 2. polnische Division und die 2. Spahibrigade. Insgesamt werden 42'900 Mann interniert, davon sind zirka 30'000 Franzosen, 12'500 Polen, der Rest Belgier, Engländer und Spanier.

26.6. Der Bundesrat beschliesst, dem schweren deutschen Druck in der Angelegenheit der Luftzwischenfälle nachzugeben und 17 in der Schweiz internierte deutsche Flieger freilassen. Die britische Regierung protestiert gegen dieses aus ihrer Sicht neutralitätswidrige Verhalten.

1.7. Die Operationsabteilung des deutschen Heeresgeneralstabs befasst sich mit vorbereitenden Planstudien für eine militärische Eroberung der Schweiz. Diese im Juli und August andauernden Vorarbeiten führen am 26.8.1940 zur Ausarbeitung eines Operationsentwurfes.

6.7. Teilweise Demobilmachung der Armee. Der Truppenbestand wird innert kurzer Frist von zirka 400'000 auf 180'000 Mann reduziert. Diese Massnahme schliesst in der gegenwärtigen Lage ein gewisses Sicherheitsrisiko ein.

9.7. Im Armeestab wird der Reduitplan abschliessend formuliert. Unter mehreren Fassungen fällt der Entschluss zugunsten der Version «Gonard», die den Einbezug der drei Festungsgebiete Sargans, Gotthard und St. Maurice ins Reduit vorsieht.



12.7. General Guisan stellt Bundesrat Rudolf Minger ein «Memorandum betreffend das neue Verteidigungsdispositiv» (Reduit) zu. Es umfasst drei Widerstandszonen: – den Raum der Grenztruppen, – eine Sicherungsstellung, welche die Linie vom Zürichsee bis zum Gempfen umfasst und von hier aus entlang dem Jura bis zur Senke von Bulle reicht, – eine Alpen- oder Zentralraumstellung.

25.7. **Rütlirapport des Generals** Der General gibt den auf dem Rütli versammelten höheren Kommandanten der ganzen Armee die Reduitpläne im Umriss bekannt und bestärkt sie im Willen zum Widerstand gegen jeden Angriff von aus-

sen und gegen den Defätismus im Inneren.
14.8.



Britische Flugzeuge verletzen mehrfach den schweizerischen Luftraum, eine Erscheinung, die sich zu häufen beginnt und die Schweiz gegenüber Deutschland in Schwierigkeiten bringt.

26.8.
Generaloberst Franz Halder, Generalstabschef des deutschen Heeres, ordnet die Ausarbeitung eines Operationsentwurfs für einen Angriff auf die Schweiz an. Er beauftragt damit die an der Schweizer Grenze stehende Heeresgruppe C unter Generalfeldmarschall Ritter Wilhelm von Leeb. Aus diesen Vorarbeiten gehen die Pläne «Operation Tannenbaum» respektive «Fall Grün» hervor.

10.9.
Der Bundesrat akzeptiert die von Bundesrat Philipp Etter formulierten Richtlinien für die Innenpolitik. Sie besagen, der Bundesrat sei entschlossen, die Ehre und Unabhängigkeit des Landes unter allen Umständen zu wahren und zu verteidigen. Solange der Krieg andauere, müssten genügend Truppen aufgeboden bleiben, um die Unabhängigkeit – wenn nötig mit der Waffe – zu verteidigen.

12.9.
Im Lauf des Septembers werden die ersten Einrichtungsarbeiten im Reduit beendet. Anschliessend wird durch Manöver im Divisionsrahmen die Widerstandsfähigkeit des neuen Verteidigungsdispositives überprüft. Das Reduit wird zunächst von fünf Divisionen und drei Gebirgsbrigaden bezogen. Vier Divisionen und drei Leichte Brigaden bleiben im Mittelland und im Jura stationiert.

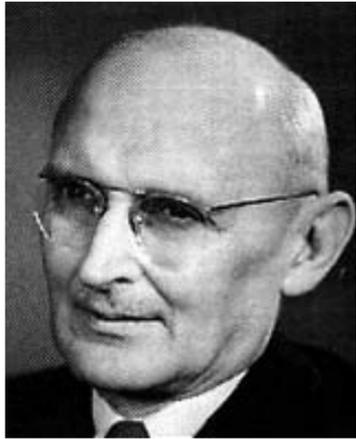
15.9.
Der deutsche Aussenminister Joachim von Ribbentrop ersucht den Bundesrat, die schweizerischen Radiosendungen ab 2200 Uhr einzustellen, da sie von den britischen Bombern zur Funkpeilung benützt würden. Der Bundesrat entspricht diesem Ersuchen.

4.10.
Die Heeresgruppe C legt dem Generalstabschef des deutschen Heeres, Franz Halder, den angeforderten Operationsentwurf «Tannenbaum» vor. Zwei Tage später besichtigt er die schweizerische Jurgrenze. Er bezeichnet das Terrain als schwierig für einen Angriff, da der Verteidiger den Angreifer immer überhöht: «Schweizer Grenzstellung ist stark» (Quelle: «Tagebuch Halder»).



Ende Oktober erlässt Portugal Aus- und Durchfuhrbeschränkungen, die einen schweren Schlag für die Güterversorgung der Schweiz bedeuten.

15.11.
Professor Friedrich Traugott Wahlen tritt mit seinem «Anbauplan» an die Öffentlichkeit. Er findet damit grösste Beachtung und Zustimmung bei Volk und Behörden.
16.12.



In der Nacht auf den 17.12.1940 wird Basel von britischen Flugzeugen bombardiert. Zwölf Einschläge werden gezählt, und vier Todesopfer sind zu beklagen. Es entsteht beträchtlicher Sachschaden.

22.12.
In der Nacht auf den 23.12.1940 wird Zürich von britischen Bomben angegriffen. Man zählt elf Verletzte und beträchtlichen Sachschaden.

31.12.
Ende 1940 gestatten die britischen Blockadebehörden die Löschung der von ihnen zurückgehaltenen Schiffe mit Ladungen für die Schweiz in den portugiesischen Häfen Lissabon und Leixoes. Ab 1941 wird ein Pendelverkehr mit Schiffen zwischen den iberischen Häfen und Genua, ab Ende 1941 zwischen Lissabon und Barcelona eingerichtet.
Die Pflichtanbaufläche für 1940 (1. Anbauetappe) beträgt 208'812 Hektaren. Effektiv wurden 217'222 Hektaren angebaut.
Verglichen mit 1939 sind die Importe mengenmässig um 29,1% und die Exporte der Schweiz um 6,9% zurückgegangen.

Weltpolitik und Kriegsverlauf

12.3.
Ende des finnisch-russischen Winterkrieges. Im Frieden von Moskau tritt Finnland die karelische Landenge mit Wiborg und den finnischen Teil der Fischerhalbinsel an die Sowjetunion ab.

9.4.
«Weserübung»: Deutscher Überfall auf Dänemark und Norwegen.

10.5.
05.35 Uhr. Beginn der deutschen Offensive im Westen (Blitzkrieg) von der Nordsee bis zur Südgrenze Luxemburgs unter Verletzung der Neutralität der Benelux-Staaten.

24.5.
Abschluss der ersten Phase des deutschen Westfeldzuges. Die Engländer ziehen sich nach Dünkirchen zurück.

4.6.
Abschluss der britischen Evakuierungsoperationen bei Dünkirchen. 338'000 Mann des britischen Expeditionskorps und der verbündeten Truppen erreichen zwischen

27.5. und dem 4.6. die britischen Häfen.
Der britische Premierminister Winston Churchill hält vor dem britischen Unterhaus und danach im Rundfunk eine Rede unter dem Leitsatz «We shall fight on the beaches». Darin stärkt er den Verteidigungswillen Grossbritanniens gegenüber Nazideutschland.
5.6.



Beginn der «Schlacht um Frankreich».

10.6.
Der italienische Duce Benito Mussolini gibt den Kriegseintritt Italiens bekannt. Schwerwiegende Auswirkungen auf den schweizerischen Aussenhandel: Bisher haben drei Viertel der Importgüter die Schweiz über italienische Häfen erreicht. Grossbritannien hält alle Zufuhren zur See (19 Schiffe) nach der Schweiz auf.

16.6.
Die neugebildete französische Regierung unter Marschall Henri Philippe Pétain richtet ein Waffenstillstandsgesuch an Deutschland.

18.6.
Der französische General Charles de Gaulle ruft von London aus zum Widerstand auf und bildet das provisorische Nationalkomitee (Exilregierung).

22.6.
Abschluss des deutsch-französischen Waffenstillstandes. Frankreich wird in eine nördliche be-

setzte und eine südliche unbesetzte Zone aufgeteilt.
25.6.



Die deutsche Heeresleitung lässt erste Pläne für eine überraschende Besetzung der Schweiz ausarbeiten.

19.7.
Hitler macht Grossbritannien in seiner Reichstagsrede ein «letztes Friedensangebot».

22.7.
Der britische Aussenminister Anthony Eden erklärt namens seiner Regierung: «Wir werden den Kampf nicht aufgeben, bis die Freiheit gesichert ist.»

15.9.
Höhepunkt der Luftschlacht um England: Bei 26 eigenen Verlusten schiessen die Engländer 56 deutsche Maschinen ab.
27.9.



Das Deutsche Reich, Italien und Japan schliessen den Dreimächtepakt.

2.10.
Die deutsche Besatzungsbehörde in Warschau ordnet an, dass alle etwa 400'000 in Warschau lebenden Juden in einem Ghetto leben müssen.
18.12.

Hinweise / Indications / Informazioni

General Henri Guisan – Zum 50. Todestag

Ausstellung: Schloss Jegenstorf 8. Mai bis 10. Oktober 2010, Dienstag-Sonntag 1000–1200 und 1400–1700 Uhr.



Die Ausstellung, deren inhaltliche Eckpfeiler General Guisans Aufenthalt 1944/45 im Bauerndorf Jegenstorf und sein Kommandoposten im Schloss sind, erstreckt sich über je zwei Räume im Erdgeschoss und im ersten Stock. Letztere dienten dem General als Schlaf- und Arbeitszimmer. Unter den originalen Ausstellungsstücken aus privater und öffentlicher Hand, die aus der ganzen Schweiz zusammengetragen worden sind, befinden sich neben Foto-

grafien, Briefen, Film- und Tonmaterialien sowie Gemälden des Soldatenmalers Friedrich Traffelet auch persönliche Gegenstände. Dazu gehört eine vollständige Uniform samt Mütze und Stiefeln, Säbel, Dolch und Pistole sowie das Feldbüro. Für die Sonderausstellung wurde ein Wachhäuschen rekonstruiert und in der Schlosszufahrt wiedererrichtet – dort, wo es zu Kriegszeiten stand.

Rahmenprogramm

Jeden Sonntag, 1030 Uhr
Der General
Dokumentarfilm 2010 (55 Min.)

Guisan, Symbol des Widerstandswillens gegen Hitler
Sonntag, 30. Mai 2010, 1400 Uhr
Führung mit Dr. Jürg Stüssi-Lauterburg

General Guisan – Widerstand nach Schweizerart
Freitag, 4. Juni 2010, 1500 Uhr
Vortrag von Markus Somm

Das Sujet General Guisan
Sonntag, 4. Juli 2010, 1400 Uhr
Vortrag von Stefan Schaerer



Hitler erlässt seine «Weisung Nr. 21». Sie befiehlt den Abschluss der militärischen Vorbereitungen für den Angriff auf die Sowjetunion (Fall «Barbarossa») bis zum 15.5. 1941.

Zusammenstellung: Heinrich L. Wirz; Mitarbeit: Thierry Martin, stud. phil. hist.

Quellenverzeichnis

Bilder: www.google.ch

Brotschi, Peter: Gebrochene Flügel – Alle Flugunfälle der Schweizer Luftwaffe. Zürich 2005.

Hillgruber, Andreas / Hümmelchen, Gerhard: Chronik des Zweiten Weltkrieges. Militärische und politische Ereignisse auf allen Kriegsschauplätzen – Tag für Tag aufgezeichnet. Frankfurt am Main 1966.

Hostettler, Ernst: Die Militärflugzeuge der Schweiz von 1914 bis heute. Zürich 1990.

Koller, W.: Die Schweiz 1935–1945. Tausend Daten aus kritischer Zeit. Zürich 1970.

Wetter, Ernst: Duell der Flieger und der Diplomaten. Frauenfeld 1987.

Wyler, Ernst: Chronik der Schweizer Militäraviatik. Frauenfeld 1990.

Die Bedeutung General Henri Guisans in der Zeit selbst und vor allem danach

Sonntag, 19. September 2010, 1400 Uhr
Vortrag von Prof. Dr. Georg Kreis

Private Führungen

Auf Anfrage; 031 761 01 59 oder info@schloss-jegenstorf.ch

Adresse

Schloss Jegenstorf, General-Guisanstrasse 5, 3303 Jegenstorf
www.schloss-jegenstorf.ch



Zur Lage

Tiger-Teilersatz: widersprüchliche Strategie?

Der Bundesrat im sicherheitspolitischen Luftkampf gegen sich selbst

«So hält der Bericht zum Beispiel fest, dass die strategische politische Steuerung des Bundesrates einzelfallorientiert und sektoriell ausgerichtet sei, dass die Führungsinformationen primär für die departementale Führung der Bundesverwaltung relevant seien und der Bundesrat dem strategischen politischen Führungsprozess eher eine untergeordnete Bedeutung zuzumessen. Insgesamt nehme er seine Führungsfunktion zu wenig wahr.»¹

Soweit der Bericht der Geschäftsprüfungskommissionen der Eidgenössischen Räte.

Wie steht es denn mit den Staatszwecken gemäss Bundesverfassung, die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes zu wahren?

Hat die Landesregierung ihre Zuständigkeiten ausgeübt, Massnahmen zur Wahrung der inneren und der äusseren Sicherheit sowie der Unabhängigkeit und der Neutralität zu treffen?

Armee: Führung und Strategie?

Hat der Bundesrat seine Führungs- und Strategiefähigkeit in Bezug auf die Armee gezeigt? Deren wichtigste Aufgabe ist doch, das Land und seine Bevölkerung zu verteidigen. Erhält die Armee die erforderlichen personellen, finanziellen und materiellen Mittel, um ihre verfassungsmässigen Aufgaben zu erfüllen? Nicht nur für den wahrscheinlichsten, sondern auch für den gefährlichsten Bedrohungsfall – nicht nur auf dem Land, sondern auch in der Luft?

Es sei nicht möglich, auf zehn und mehr Jahre hinaus vorzusagen, wie sich die Sicherheitslage der Schweiz entwickeln wird, schreibt die Landesregierung in ihrer Botschaft zur Volksinitiative «Gegen neue Kampfflugzeuge». ² «Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass die Jahre von 2010–2019 sicherheitspolitisch berechenbarer und ruhiger sein werden». Der Terrorismus bleibe eine allgegenwärtige Bedrohung und könne wieder aus der Luft zuschlagen. Auch die Schweiz biete mögliche Ziele.

Schutz des Luftraumes

Schnellste und überraschendste Gefährdungen stammen offensichtlich aus dem Luftraum. Er muss deshalb überwacht, geschützt und notfalls verteidigt werden. Insbesondere ein neutraler Staat hat seine Souveränität und seine hoheitlichen Aufgaben, selbst durchzusetzen. Diese können deshalb nicht in Kooperation mit ausländischen Luftwaffen erfüllt werden.

Die Landesregierung begründet in ihrer obenerwähnten Botschaft eingehend, warum sie sich der Volksinitiative widersetzt, bis zum 31. Dezember 2019 keine neuen Kampfflugzeuge zu beschaffen. Sie will, beziehungsweise wollte im August 2009 den Tiger-Teilersatz (TTE) im Jahre 2011 beantragen und erachtete die parlamentarische Behandlung der Initiative vor dem Erscheinen des Sicherheitspolitischen Berichtes als möglich. Deshalb hätte die Volksabstimmung vorher stattfinden sollen, das heisst im Jahre 2010.

Tiger-Teilersatz: Mittel und Zeitplan?

Inzwischen hat sich die Lage verändert. Sicherheitspolitische Ziele, Mittel, Einsätze und Zeitverhältnisse stimmen nachgewiesenermassen nicht mehr miteinander überein. Die strategische Führung durch den Bundesrat schlägt sich rückblickend in widersprüchlichen Aussagen nieder, zum Beispiel beim TTE. Spätestens im Oktober 2009 ist klar geworden, dass eine verfassungs- und gesetzesmässige Armee zwecks Betrieb, Unterhalt und Investitionen das ursprünglich dafür vorgesehene Geld plus die aufgelaufene Teuerung benötigt.

Zusätzlich kostet die Behebung von Mängeln der Fehlplanung XXI, insbesondere in der Informatik und Logistik. ³ Die im Jahre 2008 im sogenannten Masterplan des VBS eingeplanten 2,2 Milliarden Franken für wahrscheinlich 22 Flugzeuge erwiesen sich als völlig wirklichkeitsfremd. Aus unerfindlichen Gründen war der anfängliche Betrag von 4 Milliarden Franken aus dem Jahre 2004 fast halbiert worden.

Der Bundesrat in der Pflicht

Der Chef VBS sah sich gezwungen, im Herbst 2009 die Notbremse zu ziehen, um mit der Armee nicht in die finanzielle Sackgasse zu geraten. Seither sind Marschtabelle und Mittel durcheinander geraten und die früheren Aussagen des Bundesrates in ein schiefes Licht. Er schrieb bereits im Juli 2003: «Die zunehmend wichtiger werdenden luftpolizeilichen/lufthoheitlichen Aufgaben sind eine strategische Herausforderung auf Stufe Bundesrat. Die dafür vorgesehene Flotte F/A-18 wird mit der Ausmusterung der Tiger F-5 zu klein sein. Es braucht zum Zeitpunkt 2010 rund 50 moderne Kampfflugzeuge, um diesen Auftrag erfüllen zu können. Der Investitionsbedarf beträgt aus heutiger Sicht gegen 3 Milliarden. Dies wird aus dem ordentlichen Armeebudget nicht mehr finanzierbar sein.»⁴

Die Beispiele strategisch widersprüchlicher Absichten der Landesregierung liessen sich vermehren. Sie schrieb noch 2008: «Nach der für 2010 geplanten Ausserdienststellung der F-5-Tiger-Flotte wird aber die erforderliche Durchhaltefähigkeit im Luftpolizeidienst nicht mehr

gewährleistet sein.»⁵ Diese solle durch den TTE weiterhin sichergestellt werden.

Der Bundesrat ist in der Pflicht: Berichte über die Sicherheitspolitik und über die Armee, Entscheide über den TTE und dessen Finanzierung, 2011 wird nicht nur zum Jahr der parteipolitischen, sondern auch zum Jahr der sicherheitspolitischen Wahrheit.

Heinrich L. Wirz, Chefredaktor

¹ Die strategische politische Steuerung des Bundesrates – Bericht der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle, überwiesen und veröffentlicht von den Geschäftsprüfungskommissionen des Nationalrates und des Ständerates. 16. und 26. Februar 2010.

² 09.065 Botschaft zur Volksinitiative «Gegen neue Kampfflugzeuge» vom 26. August 2009.

³ Herausforderungen an die Armee – Bericht an die Sicherheitspolitischen Kommissionen der Eidgenössischen Räte. Standbericht 1/2010 vom 31. März 2010.

⁴ 03.047 Botschaft zum Entlassungsprogramm 2003 für den Bundeshaushalt (EP 03) vom 2. Juli 2003.

⁵ 08.007 Botschaft über die Legislaturplanung vom 23. Januar 2008.

Leserbriefe

Die Redaktion freut sich über Zuschriften – je kürzer, desto besser und möglichst als elektronisches Manuskript. Sie ist besorgt für die Auswahl der Leserbriefe und deren allfällige Kürzungen. Bitte Vorname, Name, militärischer Grad und Wohnort angeben!

La rédaction se félicite de vos contributions – quelques brèves qu'elles soient – et si possible sous forme électronique. Elle se charge du choix et d'éventuelles coupures. Ajouter s.v.p. nom, prénom et adresse!
La redazione ringrazia per le let-

tere dei lettori. Invita a esseri brevi e, per quanto possibile, a spedire i testi in forma elettronica. Essa provvederà a scegliere le lettere da pubblicare, riservandosi il diritto di accorciarle. P. f. indicare sempre nome, cognome e luogo di residenza!

Hinweise / Indications / Informazioni

Roland Haudenschild (Hrsg.)

Von der Armee 61 über die Armee 95 und die Armee XXI zum Entwicklungsschritt 2008/11
Eine vergleichende Übersicht und Zusammenfassung (Armeesynopse)



Schriftenreihe der Eidgenössischen Militärbibliothek und des Historischen Dienstes
Publications de la Bibliothèque

militaire fédérale et du Service historique Nr. 39

Diese Broschüre ist Ende 2009 erschienen. Sie enthält Daten, Fakten und Zahlen der vier Armeorganisationen 61, 95, XXI und 2011.

Pro Militia hat auf eigene Rechnung eine Zusatzaufgabe drucken lassen. Erhältlich mittels einer Einzahlung von 12 Franken pro Exemplar auf Postkonto 80-500-4, IBAN CH 89 0483 5099 9136 2100 0, Pro Militia, Postfach 369, 3000 Bern 14. (Red.)

Ehemalige Motorisierte Aufklärungsschwadron 41

Die nächste Tagung wird am Donnerstag, 14. Oktober 2010, in Signau durchgeführt. Die Kameraden werden persönlich eingeladen.
Neues Organisationskomitee: Heinz Rychener, 3535 Schüpbach
Andreas Witschi, 3647 Reutigen

Das Spätwerk Vigilio Massarottis

Der unlängst verstorbene Dr. Vigilio Massarotti (1921) hinterlässt «post mortem» ein Buch von über 300 Druckseiten in italienischer Sprache, doch in jeder Beziehung – sprachlich und graphisch – leicht lesbar. «Finito di stampare nel mese di settembre 2009» hat die Tipografia Pedrazioni di Locarno auf der letzten Buchseite – wie im Tessen gebräuchlich – eingedruckt. Ob es wohl der Verfasser noch gebunden in Händen hatte?

Massarotti durchlief 1944 die Fourierschule (ich 1939), die Offizierschule 1949 (ich 1942) unter denselben Instruktooren – ich als letzter Jahrgang beritten. Massarotti schreibt, froh gewesen zu sein, dass ihm dies erspart blieb. Doch hat er viel erreicht: Doktor der Chemie, im Militär Oberst und Kriegskommissär. Wer die Zeit des Aktiviendienstes und des Kalten Krieges in Feldgrau erlebt hat, findet in Massarottis Spätwerk – 1983 abge-

schlossen, doch erst 26 Jahre danach gedruckt erschienen –, ein Stück eigenes Erleben, aber auch Spezielles. In seiner dritten Rekrutenschule lernte er Mariastein, Gempfenfluh, Blauen, Chrischona und die Langen Erlen kennen. 1952 trat er bei Geigy in Basel ein. In der Offizierschule sang man immer noch «Lasst den Sonnenschein herein» als «immeso successo» und zusammen mit Heilsarmisten jeden Freitag «con mandolini e chitarre». Und dass einmal sein seidenes Pyjama als Flagge über der Kaserne Thun geweht hatte, war ein Scherz seiner Dienstkameraden.

Für jene, welche diese Zeiten erlebt haben, ist es Nostalgie, für jeden Leser aber ein Dokument über den Einsatz für unser Land. Dem leider verstorbenen Autor gehört Anerkennung und Dank.

Robert Berner, Rheinfelden

Siehe auch Buchempfehlung in «Pro Militia» 3/2009! (Red.)



Vigilio Massarotti:
Una vita in grigioverde –
Dal caduceo alle spighe.
Prefazione di Mario Agliati.
320 pagine, 15 illustrazioni
Pedrazzini Edizioni, Locarno
2009.

ISBN 88-7404-027-X
Prezzo di vendita fr. 39.50

Buchempfehlungen Recommandations de livres Lettura raccomandata

Aktuell: Bedroht die organisierte Kriminalität den Finanzplatz Schweiz und wie geht sie vor?



Diese Bedrohung sei nicht zu bestreiten und erfordere dauernde behördliche Aufmerksamkeit, stellt die Autorin zusammenfassend fest. Ihr Werk, mit dem sie 2009 an der Universität Zürich in Politikwissenschaft promoviert hat, ist für Fachleute und Laien spannend zu lesen.

Was ist überhaupt unter dem Begriff Organisierte Kriminalität (OK) zu verstehen? Es handelt sich im Wesentlichen um kriminelle Vereinigungen, die wirtschaftliche Gewinne erzielen, sich dabei behördlicher Verfolgung entziehen

und mittels Drohungen und Gewalt versuchen, Politik und Justiz sowie Wirtschaft und Gewerkschaften zu beeinflussen.

Die OK-Lage der Schweiz wird gründlich, übersichtlich und umfassend dargestellt. Unser Land stelle eine Finanzdrehscheibe und zum Teil ein Transitland dar. «Hausgemachte» OK sei zur Zeit (noch) nicht auszumachen. «Zu Beruhigung Anlass gebe aber die Tatsache, dass in einigen Schweizer Firmen bereits Personen im Verwaltungsrat oder in anderen leitenden Funktionen sitzen, die mutmasslich Verbindungen zur russischen organisierten Kriminalität haben.»

Diejenige aus Italien bedrohe zur Zeit nicht übermässig und sei den Behörden bekannt, deren dauernde Wachsamkeit zwingend notwendig sei. Einerseits sei die Meinung noch immer weit verbreitet, wonach die Schweiz durch die OK nicht betroffen sei. Andererseits seien sich mittlerweile auch Politiker der Gefahr bewusst geworden.

In einem umfangreichen Buchkapitel werden die rechtlichen Gesichtspunkte beschrieben, ausgehend vom einschlägigen Artikel Kriminelle Organisation des Strafgesetzbuches. In einem weiteren Teil wird die Geldwäscherei im Rahmen der OK, in der Praxis so-

wie die vorbeugenden und abwehrenden Massnahmen der schweizerischen Finanzinstitute beschrieben. «Branchenkenner vertreten die Ansicht, die Regelungen und einzuhaltenden Richtlinien einer Grossbank seien sehr strikt und deren Einhaltung werde ebenso strikt überwacht.»

Das Kapitel Vorgehensweise der OK auf dem Finanzplatz Schweiz vermittelt, aufgeteilt nach Herkunftsländern, erstaunliche Einsichten, zum Beispiel in die sogenannte «Nigeria Connection». Leider sei die OK zumeist beweglicher und schneller als die Strafverfolgungsbehörden. Diese versuchten dennoch ständig, die OK beharrlich zu bekämpfen.

Heinrich L. Wirz

Stephanie Oesch:
Die organisierte Kriminalität – eine Bedrohung für den Finanzplatz Schweiz?
208 Seiten, 30 Abbildungen, broschiert.
vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich, Zürich 2010.
ISBN 978-3-7281-3283-3
Verkaufspreis: Fr. 44.–

Vom schweizerischen Atomprogramm über Lückenbüsser-Waffenkäufe bis zum Nutzen der schweizerischen Neutralität für den Westen



Diese drei Hauptthemen ergäben sich, wie die Verfasser schreiben, aus den amerikanischen, britischen und französischen Papieren zur Schweizer Militärgeschichte während der Jahre 1944 bis 1975.

Sowohl in diesem Zeitraum und darüber hinaus Militärdienstleistende, als auch heutige Armeeangehörige lesen mit Spannung, was sich alles damals im Hintergrund abgespielt hat. Sie stellen im Nachhinein aufgrund ausländischer Quellen fest, wie sich schweizerische Schlüsselpersonen nach bestem Wissen und Gewissen zugunsten der Armee eingesetzt haben. In diese dreissig Jahre fällt der Beginn des Kalten Krieges und die mit der Truppenordnung 1961 begonnene Modernisierung der Schweizer Armee mit einem Sollbestand von rund 625'000 Dienstleistenden sowie 202 Regimentern und 745 Bataillonen/Abteilungen. Diese galt es, bedrohungsgerecht und wirksam auszubilden und auszurüsten.

Wer erinnert sich heute noch der geheimen Absichten, Atomwaffen zu beschaffen? «Der Bundesrat sprach sich für die wirksamsten Waffen einschliesslich der Atomwaffen aus, die militärische Planung bewegte sich in Richtung von Angriffen auch jenseits der Landesgrenzen und dies auch mit taktischen Atomwaffen.» Mit der Un-

terzeichnung des Nonproliferationsvertrages im Jahre 1969 gingen die schweizerischen Bemühungen um eine eigene Nuklearbewaffnung zu Ende.

«Den Verkauf der Waffenproduktion des eigenen Landes sicherzustellen, war [...] die wichtigste Aufgabe der westlichen Militärattachés überhaupt.» So beschaffte die Schweiz vorwiegend in Frankreich, Grossbritannien und den U.S.A. Kampf- und Schulungsflugzeuge, Helikopter, Fliegerabwehrkanonen, Kampf- und Schützenpanzer, Panzerhaubitzen sowie Panzerabwehrkanonen und -lenkungen.

«Die Briten und Amerikaner versuchten [...], die schweizerische Neutralität wenn möglich zu beseitigen [...]». Die Amerikaner hätten mit der Neutralität grössere Mühe gehabt und versucht, diese zu untergraben. Die Teilnahme an der Waffenstillstandsüberwachungskommission in Korea hätte das Ansehen der Schweiz gestärkt.

Die aus den Akten wiedergegebene genaue Beobachtung und Beurteilung des helvetischen Wehrwesens durch die Westmächte verblüfft. Der britische Militärattaché schätzte den Kräfteansatz auf 30 Divisionen, um das Reduit zu erobern. Mit der Schlussakte von Helsinki vom 1. August 1975 feierte «die Aussen- und Aussensicherheitspolitik der Schweiz 160 Jahre nach dem Wiener Kongress den zweitgrössten Triumph ihrer Geschichte».

Heinrich L. Wirz

Jürg Stüssi-Lauterburg / Stefanie Frey:
Unvollständiges Protokoll eines Krieges, der nicht stattfand – Schweizerische Militärgeschichte aus der Sicht westlicher Quellen von 1944 bis 1975.
286 Seiten, gebunden.
Verlag Merker im Effingerhof, Lenzburg 2009.
ISBN 978-3-85648-086-8
Verkaufspreis: Fr. 69.–

«Alles ist ganz anders hier» – Schweizer Auswanderer in Amerika



«Die Grosszahl der Schweizer Auswanderer ist unbekannt geblieben. Nur eine kleine Gruppe gehört zu den Prominenten, [...] Das vorliegende Buch will nicht ihrer, sondern der weitgehend namenlosen Leuten gedenken.»

Diese Neuauflage von Schweizer Auswandererberichten aus dem Jahre 1779 ist in einen mit Inhalten aus dem 18. und einem zweiten Teil mit Zeugnissen aus dem 19. Jahrhundert gegliedert. Je nach Dokumenten sind diese wieder in themenbezogene Untergruppen aufgeteilt, welche dem Leser einen guten Überblick geben.

Eindrücklich, aber für jeden Nichthistoriker verständlich, werden die Texte im Originalton abgedruckt. So schreibt Johannes Hänner 1769: «Hertz vill geliebter Vater, Bruder und Schwestern und Schweger, last Euch nicht verdriessen, das ich immer schreibe, dan die Liebe Christi treibet mich also, [...]»

Neben den geographischen Untergruppen gibt es auch Briefe, welche nach dem Beruf ihrer Absender geordnet sind. Sehr hilfreich sind zudem die kurzen Einführungen vor jedem abgedruckten Dokument.

Dieses Werk ist bemerkenswert, weil es dem Leser als eines der wenigen, die Welt der damaligen Schweizer Auswanderer widerspiegelt. Solche Textsammlungen sind sehr selten, und so bietet dieses Buch für Interessierte eine wirkliche Chance, sich ohne lange Bibliotheks- und Forschungsaufenthalte über das Thema zu informieren. So schreibt der Autor: «Der Leser von Auswandererberichten muss sich von Anfang an klarmachen, dass er in diesen Selbstzeugnissen Erlebnisse der Wirklichkeit, nicht diese selbst in ihrem angeblichen objektiven Verhalten erhält. [...] Wer kann behaupten, welche Sicht wahr oder falsch, welche Auffassungen trügerisch oder wirklichkeitsgerecht sei?»

Thierry Martin

Leo Schelbert und Hedwig Rappolt: «Alles ist ganz anders hier» – Schweizer Auswandererberichte des 18. und 19. Jahrhunderts aus dem Gebiet der heutigen Vereinigten Staaten,
551 Seiten, 40 Abbildungen, gebunden.
Limmat Verlag, Zürich 2009.
ISBN 978 3 85791 582 6
Verkaufspreis: CHF 54.–

Sommersession der Eidgenössischen Räte vom 31. Mai bis 18. Juni 2010

Sessionsprogramm: www.parlament.ch

Voraussichtliche militärpolitische Vorlagen (Auszug)

10.027 Immobilienbotschaft VBS 2010 (Nationalrat)

10.035 Frankophoniegipfel 2010 in Montreux – Einsatz der Armee im Assistenzdienst (Ständerat)

Sessione estiva delle Camere federali dal 31 maggio al 18 giugno 2010

Programma della sessione: www.parlament.ch

Progetti legislativi politico-militari di cui è prevista la trattazione (estratto)

10.027 Immobili del DDPS 2010 (Consiglio nazionale)

10.035 Vertice della Francofonia 2010 a Montreux – Impiego dell'esercito in servizio d'appoggio (Consiglio degli Stati)

Pro Militia

Pro Militia verlangt dringliche Änderung der Zivildienst-Rechtsgrundlagen

Medienmitteilung vom 26.02.2010

Die leitenden Organe von Pro Militia haben sich an ihrer Sitzung vom 22. Februar 2010 eingehend mit der alarmierenden Lage im Zivildienst befasst. Sie stellen folgendes fest:

1. Die Zunahme der Zivildienstträge nach der Neuregelung im Jahre 2009 von vorher jährlich rund 1200 auf über 7000 ist alarmierend.
2. Die festgelegten Armeebestände werden dadurch in Frage gestellt.
3. Die zahlreichen Gesuche während Dienstleistungen führen zum Schluss, dass diverse Anträge nicht aus Gewissensgründen erfolgt sind.
4. Pro Militia stellt sich die Frage, ob der heute willkürliche Übertritt zum Zivildienst nicht dem Artikel 59 der Bundesverfassung (Militärdienstpflicht) widerspricht und den Grundsatz der Wehrgerechtigkeit verletzt.
5. Pro Militia stellt fest, dass mit der Abschaffung der Gewissensprüfung und der Beibehaltung des Dienstleistungsfaktors von 1,5 der Übertritt zum Zivildienst, der ursprünglich für Wehrpflichtige mit Gewissensproblemen vorgesehen war, für weitere Interessenten geradezu einladend gestaltet worden ist.
6. Pro Militia stellt fest, dass die zahlreichen willkürlichen Übertritte zum Zivildienst während und nach den Militärdiensten mit erheblichen Kosten verbunden sind, denn für die bereits investierte militärische Ausrüstung und Ausbildung solcher Zivil-

dienstleistender erhalten weder Armee noch Staat eine Gegenleistung.

7. Pro Militia begrüsst die Initiative der Sicherheitspolitischen Kommissionen der Eidgenössischen Räte, dieses Problem vordringlich an die Hand zu nehmen.

Pro Militia fordert deshalb:

1. Die Rechtsgrundlagen des Zivildienstes sind durch das Parlament mit Dringlichkeit zu korrigieren.
2. Die Gewissensprüfung ist wieder einzuführen, damit die «echten» Zivildienst-Anwärter mit Gewissensproblemen ermittelt werden können.
3. Als Alternative wäre der Tatbeweis gemäss dem seinerzeitigen Vernehmlassungsantrag von Pro Militia auf den Faktor 1,8 zu erhöhen. Der Faktor 1,5 entspricht – real betrachtet – keinem echten Tatbeweis, da viele Zivildienstleistende einen Arbeitstag von acht Stunden mit dienstfreien Wochenenden haben, während Armeeangehörige in der Regel einen Zwölfstundentag bewältigen müssen und dies bei jeder Witterung.
4. Anträge zum Zivildienst sind grundsätzlich vor der Rekrutierung zu stellen. Spätere Anträge sind nur noch in Ausnahmefällen zuzulassen.
5. Solche Ausnahmegesuche dürfen nicht mehr während Dienstleistungen eingereicht, bzw. den militärischen Kommandanten übergeben werden, sondern erst nachdienstlich.

Pro Militia exige une réforme du Service civil

Communication aux médias du 26.02.2010

Les organes dirigeants de Pro Militia, réunis en séance le 22 février 2010, ont analysé la situation alarmante pour l'armée créée par le passage facilité au service civil.

Pro Militia constate que:

1. L'augmentation des demandes à accomplir un service civil dans le cadre de la nouvelle réglementation est alarmante. Elles ont passé de 1200 à 7000.
2. Les effectifs de l'armée sont ainsi fondamentalement remis en question.
3. Les très nombreuses demandes adressées durant l'accomplissement d'un service militaire nous conduisent à penser qu'un grand nombre d'entre elles n'ont rien à voir avec des raisons de conscience.
4. Ces transferts en masse au profit du service civil ne sont pas conformes à l'article 59 de la Constitution fédérale et ne respectent non plus pas le principe d'égalité face à l'obligation de servir.
5. Avec la suppression de l'examen de conscience et le maintien d'un facteur de durée de service de 1,5, le transfert au service civil, prévu initialement pour venir en aide à des personnes astreintes au service mais vivant un conflit

de conscience, sert dans les faits à favoriser d'autres personnes aux intérêts bien différents.

6. Les très nombreux transferts arbitraires enregistrés, durant et après les services, engendrent des coûts élevés liés aux investissements en matière d'équipement et d'instruction consentis précédemment. Ni l'armée, ni l'Etat n'obtiennent de compensation pour ces frais.
7. Pro Militia salue l'initiative prise par les Commissions de politique de sécurité des Chambres fédérales afin de trouver rapidement une solution à ce problème.

En conséquence, Pro Militia demande avec force que:

1. Les conditions liées au transfert dans le service civil soient corrigées par le Parlement dans le cadre d'une procédure d'urgence.
2. Un examen de conscience soit réintroduit afin de pouvoir cerner au mieux et de façon objective les motivations des candidats sincères.
3. En tant qu'alternative au service militaire et preuve par l'acte, Pro Militia propose que le facteur de jours de service à accomplir dans le cadre d'un service civil passe de 1,5 à 1,8 par rapport au service

militaire. Le facteur 1,5 n'exprime en réalité pas de preuve par l'acte dans la mesure où les personnes accomplissant un service civil travaillent 8 heures par jour et disposent de leurs week-ends, alors que les militaires sont engagés généralement 12 heures par jour, par n'importe quel temps et qu'ils sont parfois de service en fin de semaine.

4. Les demandes pour accomplir un service civil doivent être formulées en règle générale avant le recrutement. Des demandes ultérieures ne peuvent être formulées que dans des cas exceptionnels.
5. De telles demandes ultérieures ne peuvent plus être déposées pendant l'accomplissement d'un service militaire, respectivement être remises en main du commandant, mais doivent être formulées après le service.

www.promilitia.ch

Besuchen Sie die Internet-Seite!

Visitez le site internet!

Visitate il sito internet!

Session d'été des Chambres fédérales du 31 mai au 18 juin 2010

Programme de la session: www.parlament.ch

10.027

Immobilier militaire du DDPS 2010 (Conseil national)

Sujet probable en matière de politique militaire (extrait)

10.035

Sommet de la Francophonie 2010 à Montreux – Engagement de l'armée en service d'appui (Conseil des Etats)

Ich trete bei / J'adhère / Mi faccio socio

Anmeldetalon nur für Neumitglieder
Uniquement pour de nouvelles admissions
Da utilizzare solo dai nuovi soci

Name / nom / cognome

Vorname / prénom / nome

Geburtsdatum / date de naissance / data di nascita

Strasse Nr. / rue n° / via n°

PLZ, Wohnort / NPA, domicile / NPA, domicilio

Datum / date / data

Unterschrift / signature / firma

Bitte einsenden an / renvoyer s.v.p. à:
Pro Militia / Postfach / Case postale 369; 3000 Bern 14
Postkonto / compte postal 30-31912-9

Jahresbeitrag Fr. 20.– / Cotisation annuelle frs. 20.–. Nach Einzahlung meines ersten Jahresbeitrags erhalte ich das Vereinsabzeichen / L'insigne de l'Association me sera envoyé dès le paiement de ma première cotisation annuelle

Dal Ticino e dal Grigioni italiano da spedire p. f. a:
Pro Militia, Sezione della Svizzera Italiana
Alessandra Isotta, Via dei Sindacatori 5, 6900 Massagno
Conto postale 69-1062-5

Tassa sociale annua fr. 30.–. Il distintivo dell'Associazione mi sarà spedito dopo il pagamento della mia prima tassa sociale annua.

Pro Militia

Impressum

Nummer / Numéro / Numero 2/2010, 25.05.2010

Abschlussdatum / Date de clôture / Data di chiusura: 30.04.2010

Druckauflage / Tirage / Tiratura: 6'000

20. Jahrgang / 20e année / 20a annata

Erscheint vierteljährlich / Paraît trimestriellement / Trimestrale

Nummer / Numéro / Numero 3/2010
Redaktionsschluss / Délai de rédaction / Termine di redazione: 27.08.2010

Erscheinungsdatum / Date de parution / Data di pubblicazione: 06.09.2010

www.promilitia.ch

Herausgeber / Editeur / Editore
Pro Militia

Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee
Association d'Anciens militaires et de militaires incorporés de l'Armée Suisse
Associazione di ex militari e di militari incorporati dell'Esercito Svizzero

Präsident / président / presidente: André Liaudat
Vizepräsidenten / vice-présidents / vice-presidenti: Jean Abt, Simon Küchler
Presidente Sezione della Svizzera Italiana (SSI): Angelo Polli

Redaktion / Rédaction / Redazione:
Heinrich L. Wirz, Ritterstrasse 4, 3047 Bremgarten BE
Telefon / téléphone / telefono: 031 / 301 79 13, Telefax: 031 / 302 77 24
redaktion@promilitia.ch

Geschäftsstelle / Secrétariat / Ufficio
Postfach / Case postale / Casella postale 369
3000 Bern 14
sekretariat@promilitia.ch
Postkonto 30-31912-9

Druck und Versand / Impression et expédition / Stampa e spedizione:
Stämpfli Publikationen AG,
Postfach, 3001 Bern

ISSN 1662-5560

Copyright © Pro Militia
Alle Rechte vorbehalten / Tous droits réservés / Tutti i diritti riservati



Mitglied der Vereinigung Europäische Militärfachpresse
Membre de l'association de la presse militaire européenne
Membro dell'associazione della stampa militare europea